

# Cübecker Volksbote

## Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Aussträger monatlich 4.50 M.

Reaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Telefoner Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengeplattene Postzeitung oder deren Rauten 180 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pf., Reklamen 500 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, gehobere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Donnerstag, den 24. März 1921.

28. Jahrgang.

## Die kommunistische Welle.

### Tumulte in Hamburg. 19 Tote und 39 Verwundete. — In ganz Mitteldeutschland Gewaltakte.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gegen die wilde Streikbewegung.

Der Bundesausschuss des A. D. G. B. nahm in seiner Sitzung vom 23. März folgende Entschließung an:

Die Streikbewegung im mitteldeutschen Industriegebiet, die von kommunistischer Seite zu putschistischen Zwecken vom Jan gebrochen ist und die man jetzt zu einem Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft auszudehnen bemüht ist, bedeutet eine schwere Gefährdung für die gesamte Wirtschaft, worunter die Arbeiterschaft selbst in hohem Maße leiden müßt.

Der Bundesausschuss des A. D. G. B. legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Bewegung nichts zu tun hat mit gewerkschaftlichen Bestrebungen und einzig und allein von der Absicht geleitet ist, katastrophale Situationen zu schaffen.

Die Gewerkschaftsleitungen haben die Arbeiterschaft schon wiederholt gewarnt, solchen kommunistischen Parolen zu folgen und sie können diese Warnung angesichts der gegenwärtigen Generalstreikbewegung nur auf das dringendste erneuern. In den gewerkschaftlichen Organisationen darf diese Streikheze keinerlei Rückgrat finden.

#### Die Zusammenstöße.

Hamburg, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Trotz der Sperrung des Heiligengeistfeldes sammelten sich gestern im Laufe des Nachmittags nach und nach im Umkreis des Platzes eine große Menschenmenge an, hauptsächlich Einwohner. Alle Aussorberungen der „Dro“ an die Menge, auseinanderzugehen, wurde mit Hohlrufen zurückschlagen; auch alle Versuche, den Platz durch Postenreihen und Autos zu räumen, waren erfolglos. Als die Menge gegen die „Dro“ läuftlich wurde, ging diese dazu über, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Nach einigen erfolglosen blinden Schüssen fielen nach 5 Uhr am Millerplatz die ersten scharfen Schüsse. Sofort entstand eine unbeschreibliche Panik; die Menge drängte flüchtend in die Nebenstraßen, in wenigen Augenblicken war der Platz menschenleer. — Zu ähnlichen Austritten kam es auch an anderen Stellen der Stadt, so beim Rathausgebäude, am Hochbahnhof und am Hafen beim Elbtunnel.

In ganzen sind bisher 19 Tote und 39 Verwundete gezählt; die „Dro“ hatte zwei Tote und mehrere Verwundete.

#### Der Ausnahmezustand.

Hamburg, 23. März. Infolge der Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch gewissenlose Elemente hat sich der Senat veranlaßt gesehen, zur Verhütung weiterer Ausschreitungen über das Gebiet des Hamburger Staates mit Ausnahme des Amtes Riegbüttel den Ausnahmezustand zu verhängen und die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung festgelegte Grundrechte vorübergehend außer Kraft zu setzen. Die vollziehende Gewalt ist dem Polizeiherrn Senator Hense übertragen der gleichzeitig zum Regierungskommissar ernannt ist.

Hamburg, 24. März. Die Werken von Blohm u. Voss, die Vulkanwerft und die deutsche Werft Finsenmärkte sind wegen der politischen Terrorakte geschlossen.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei nimmt in einem Aufruf scharf Stellung gegen die Unbesonnenheit und den Terror der kommunistischen Heze, und mahnt mit eindringlichen Worten zur Weiterarbeit.

## Mitteldeutschland.

Dresden, 23. März. (Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Laufe des heutigen Vormittags und in den Storgentunden sind in mehreren sächsischen Städten Sprengstoffanschläge auf Gerichtsgebäude und Strafhäuser erfolgt; die offenbar auf ein eheitlich durchgeföhrtes Komplott zurückzuführen sind und große Zerstörungen verursacht haben. Im Dresdener Landgerichtsgebäude am Münchner Platz erfolgte am heutigen Vormittag 9 Uhr, während der Verhandlungen eine Explosion, die durch eine in den unteren Räumen niedergelegte Höllemaschine verursacht ist. Die Explosion war so gewalig, daß mehrere Daden durchschlagen wurden und mehrere als Zeugen anwesende Personen und ein Richter getötet wurden. Truppen und Gänge waren mit Sprengstoffen angefüllt.

#### Anschläge im Vogtland.

Plauen, 23. März. In Radebeul (zwischen Auerbach und Leutenberg) wurde heute früh gegen 5½ Uhr ein Bombenanschlag gegen das Rathaus verübt. Das Rathaus wurde im Innern schwer beschädigt. Decken sind eingestürzt und sämtliche Fensterscheiben zertrümmt. Auch die Fenster der umliegenden Häuser sind gesprungen.

#### Ein verbrecherlicher Eisenbahnananschlag.

Merseburg, 23. März. Auf der Straße Halle-Leipzig wurde am Dienstag der von Halle nach Leipzig fahrende Schnellzug zum Entgleisen gebracht. Der Anschlag (Völker der Schienen)

wurde in derselben Weise ausgeführt wie der erst vor einigen Tagen vorgenommene Anschlag zwischen Halle und Merseburg. Zwischen Dieskau und Groeben hatten Verbrecher die Eisenbahnlinien gelöst. Als der 10.35 Uhr von Halle abgefahrenen Zug 151 um 10.45 Uhr von Halle erreichte, entgleisten infolgedessen drei Personenzugwagen, der Postwagen und die Maschine. Ein Postbeamter, der Lokomotivführer und mehrere Reisende wurden verletzt. Die Namen der Verletzten sind: Lokomotivführer Kritsche, Leipzig-Mosau, Postsekretär Adolf Müller, Oberpostbeamter Braune und Postbeamter Heinrich Schütz, Magdeburg, Bahnpostamt 7, Bruno Lehmann, Altenburg, Hugo Werner, Leipzig, und Frau Frances Hajek, Prag. Die Verletzten haben die Reise in dem mit drei Stunden Verzögerung weiterfahrenden Teil des Zuges 151 fortgesetzt. Der Materialschaden ist nicht unerheblich. Der Betrieb wird auf dem Gleise Leipzig-Halle-S. aufrecht erhalten. Die Sperrung des Gleises Dieskau-Groeben dauert voraussichtlich 36 Stunden. Sofort nachdem sich das Unglück ereignet hatte, ging ein Hilfszug mit Arzten an die Unglücksstelle ab und gleich darauf ein zweiter mit einer Abteilung Kriminalbeamter und Spürhunden.

#### Sinnlose Schiebereien in Eisleben.

Eisleben, 23. März. (Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gestern nachmittag fand in Eisleben eine von den Kommunisten einberufene Versammlung statt, die einen sehr erregten Verlauf nahm. Als Hauptredner trat ein Redner auf, der sich als Holz aus Blättern in Bogal vorstellte und vorgab, daß ihm die Führung des Streiks übertragen sei! Diese Angaben sind offenbar aus der Luft gerissen. Nach der Versammlung wurde er von Schutzpolizeibeamten upgerichtet, auf die Redaktion der „Mansfelder Volkszeitung“ geführt, wurde aber später wieder entlassen. In Lause der Nacht wurde auf einen Sicherheitsposten vor dem Kriminalgebäude, in welchem die Schutzpolizei eingeschlossen ist, geschossen. Auf das Kriminalgebäude selbst wurde ebenfalls geschossen. Aufgabe der Duselheit konnten die Täter nicht feststellen.

Eisleben, 23. März. Das „Eislebener Tageblatt“ berichtet, daß in letzter Nacht mit Zwischenpausen Feuerwerke und heute vormittag auch Handgranaten-Detonationen in den Straßen explodierten. Die Streikenden sprengten drei Weichen der Bergwerkshafen der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft heute nacht in die Luft. Die Arbeitswilligen werden auf den Schächten durch die Streikenden mit Waffengewalt vom Arbeiten

#### Beratung des Reichskabinetts.

III. Berlin, 24. März. Halbamtlich wird gemeldet: Das Reichskabinett und auch die preußische Regierung haben sich gestern mit den Ereignissen in Mitteldeutschland und in Hamburg beschäftigt. Es wurde erwogen, ob für Mittel-Deutschland der Ausnahmezustand verhängt werden soll. Darauf wurde jedoch zunächst Abstand genommen, da man angesichts der ruhigen besonnenen Haltung der Arbeiterschaft hofft, daß die kommunistische Aktion in Mittel-Deutschland auch ohne Anwendung außerordentlicher Mittel abschlauen und im Sande verlaufen wird. Verstärkungen werden im Maße des Notwendigen entstanden werden. Kommunistische Agitatoren versuchen übrigens die Eisenbahner dazu aufzuhetzen, die Besiedlung von Polizeitruppen zu verhindern.

Überall ist wieder Blut geflossen im deutschen Lande, und kein Mensch wählt dafür einen wirklichen Grund anzugeben. Wem ist mit solchen Ausschreitungen gedient? Hat die Arbeiterschaft irgend welche Nutzen davon, oder vielleicht diejenigen, die es getroffen hat? Freuen über all die Vorwürfe des gestrigen Tages kann sich nur die Reaktion; Orgesch kann aufs neue mit seiner unbedingten Notwendigkeit prahlen. Heute wird in den Köpfen der meisten, die gestern in der Siedehölle der Verhetzung zu Unbesonnenheiten sich haben hinreißen lassen, ein Ratenjammer eingezogen sein, das unbestimmte Gefühl, etwas Dummes getan zu haben.

Könnte man wenigstens von irgend einer revolutionären oder wirtschaftlichen Bewegung großer Teile der Arbeiterschaft sprechen; so wären die Vorwürfe wenigstens nicht so beschämend trostlos, wie sie es tatsächlich sind. Über die letzten Nachrichten, sowohl aus Hamburg als vor allem auch aus Mitteldeutschland, zeigen, daß die ganzen Vorgänge nichts anderes sind, als das Werk gewissenloser Heze und Kupferlischer, die durch Schiebereien, Anschläge auf Verkehrssachen usw. die Daseinslichkeit in Verwirrung bringen und die allgemeine Erregung zu eigenen agitatorischen Zwecken missbrauchen wollen.

Unterdessen haben nun in dem mitteldeutschen Industriezentrum Verhandlungen zwischen Hörsing und den Streitausträfern begonnen. Es ist dringend zu hoffen, daß diese zu einem schnellen und befriedigenden Abschluß führen werden, umso mehr als jedost die besonnenen Leute in der A. D. G. immer wieder darauf hinweisen, daß man mit den unzulänglichen Einzelabschreitungen nur die Sache des Proletariats schädige.

Merseburg, 23. März. Auf der Straße Halle-Leipzig wurde am Dienstag der von Halle nach Leipzig fahrende Schnellzug zum Entgleisen gebracht. Der Anschlag (Völker der Schienen)

## Deutschlands Schicksalsstunde.

Dr. L. Die nächsten Wochen werden dem deutschen Volke Entscheidungen bringen von so unerhörter Tragweite, von solch bestimmendem Einfluß auf den ganzen folgenden Lebensabschnitt, daß Klarheit über Wollen und Weg und Kluges Abwagen für Mögliches und Unmögliches ein Erfordernis sind, wie niemals dringender eins bestand.

Simons war nach London gegangen mit einem Vorschlag, dessen Ablehnung jedem Einzeltigen im voraus klar war. Gewiß, das Angebot stellte die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit dar; nach Ansicht vieler Sachverständigen überschritt es sogar diese Grenze bei weitem. Und trotzdem hatte es, auch von unserem Standpunkt aus, einen Grundfehler; es nahm keine Rücksicht auf die Gefühlsstimmung der Verhandlungsgegner.

In ihrem Gehalt waren unsere Gegenvorschläge zweifellos außerordentlich weitgehend. Die kolossale Spannung zwischen ihnen und dem vor der Pariser Konferenz Gesetzerten war mehr eine Sache der Fassung.

Und gerade diese äußere Abfassung, der erste Eindruck der deutschen Note, war es, der unserem Gegner sofort das Gefühl auskommt ließ, daß das Angebot wieder nichts anderes sei, als eine der oft genannten Boswilligkeiten Deutschlands, mit dem Zweck, die Einmütigkeit der Alliierten zu stören.

Sollte diese ungeschickte äußere Form unseres Vorschlags, diese Ursache des schlechten Ersteindrucks, ihren Grund in nichts anderem haben, als in der zu plumpen Hand der deutschen Staatsmänner? Die wirkliche Ursache liegt ganz anderswo und viel tiefer, nämlich in der merkwürdigen Stellung des Reichskabinetts und besonders des Außenministers Simons zu den Parteien. Das Ministerium fehrt doch und fällt mit der schwachen Gunst der Deutschen Volkspartei, und eben dieser Partei steht auch Simons nahe, wie man gewöhnlich vorsichtigerweise zu sagen pflegt.

Dieser selbe Simons und diese selbe Volkspartei haben aber seit langer Zeit den Standpunkt vertreten, daß nur mit der Politik des Festbleibens und der Entschlossenheit einen Haftung gegen die Entente etwas zu erreichen sei. Und nun galt es für Simons, seine Worte einzulösen, die er den Nationalisten aller Schattierungen so oft vorgelesen hatte. Gleichzeitig aber hatte er noch eine andere Verpflichtung; er mußte im Interesse der Regierung Fehrenbach, die außer der Gunst der Deutschen Volkspartei auch die „wohlwollende Neutralität“ unserer Partei braucht, sich vorsehen, daß er nicht allzu sehr in das nationalistiche Fahrwasser komme.

Andererseits aber wußten Simons und seine Ministerkollegen ganz genau, daß mit der starken Haltung überhaupt nichts gegen die Entente zu erreichen war, da dieselbe genügend Zwangsmittel zur Verfügung hat, um uns schließlich auf einen merkwürdigen Ausweg, nämlich auf den Kompromiß, der oben als so außerordentlich verfehlt beschrieben wurde. Man ging in dem Gegenangebot an die Entente verhältnismäßig sehr weit; sah daselbe aber so ab, daß es nach außen den Schein des starken Festbleibens wahrt.

Es war das ungewöhr das Ungefähr, was man überhaupt tun konnte, wie der Erfolg zeigte. Denn die Gegner waren in einer ähnlichen Lage wie die deutsche Regierung; vor allem gilt das für Briand, den Vertreter Frankreichs. Dieser brauchte zunächst irgend etwas, womit er sein ungeduldiges Volk beruhigen konnte, und denn Dienstleistete ihm der deutsche Vorschlag nicht; dieser mußte deshalb notgedrungen abgelehnt werden, und wenn man sich seinen Inhalt als eine entfernte Grundlage eines Übereinkommens hätte denken können. Nicht genug aber damit, daß diese Seite der deutschen Note einen Mißerfolg hervorrief, auch die positive, sachliche Seite scheint ein Fehler gewesen zu sein, sonst hätte man ihn nicht unterdessen widersetzen.

So mußte die Welt das Schauspiel erleben, daß zu einer Stunde, wo das Schicksal von Generationen auf dem Spiel stand, wo es um Sein oder Nichtsein des Volkganges ging, Fragen der inneren Politik sich mit verhängnisvoller Wirkung in die Außenpolitik eindringten und sie schließlich auf einen töten Bajust führten.

Denn dahin ist es jetzt gekommen; unsere leitenden Männer haben sich festgelegt, sie sind an Händen und Füßen gebunden durch allerlei innerpolitische Rücksichten. Wir kommen dabei immer mehr in die Lage des Schwächeren; alles Vorreden, daß die anderen uns brauchen, nützt uns nichts, die anderen können eben doch länger warten als wir. Jedenfalls hat sich unsere Position seit der Londoner Konferenz bedeutend verschlechtert. Damals konnten wir immerhin darauf rechnen, daß Italien und vielleicht auch England für eine Versöhnung mit uns eintreten würden, heute haben wir niemand, der uns gehogen wäre.

Und gerade jetzt hätten wir Freunde nötig, doppelt nötig: die Entscheidung über Oberherrschaften steht unmittelbar bevor. Und mit dieser Frage werden von den Alliierten sicher die ganzen anderen stiftigen Punkte verknüpft. Kurz, die nächsten Wochen werden die seit dem Versailler Vertrag schwerwiegendsten der Nachkriegszeit sein.

Sie werden später als Schicksalsstunde in der deutschen Geschichte bezeichnet werden. Und dieser Stunde gilt es jetzt ins Auge zu schauen.

Sinclair kam von London zurück und fand den mäßigen Beifall bei den Demokraten und einigen Mitgliedern der Volkspartei. Genügt das, um einen Minister zu tragen, der mit der halben Welt verhandeln soll? Jede Politik der Hälfte ist jetzt vom Scheit. Es ist gelinde gesagt, ein Un ding, daß in Deutschlands schwerster Zeit eine Regierung die Verantwortung tragen soll, die noch nicht ein Drittel des Volkes hinter sich hat.

Nur eine Regierung ist jetzt möglich, die den Rücken frei hat, die weiß, es steht hinter ihr eine Mehrheit, von deren Vertrauen sie getragen ist. Dieses Vertrauen ist nie und nimmer zu ersehen durch schmalbrüstige Vertrauensabstimmungen, die weiter nichts sind als ein Kompromiß; und die keinen anderen Erfolg haben, als ein weiteres Fortwurstelein zu ermöglichen.

Schwere Zeiten erfordern große Entschlüsse; diese aber haben ganze Männer zur Voraussetzung, die sich durchzuschlagen wissen, was sie wollen, und die bereit sind, mit festem Entschluß alles durchzuführen, wozu wir uns verpflichtet haben. Schon allein die Auffentomödie des Entwaffnungsgesetzes, das durch den neuesten Beschuß der bürgerlichen Regierung zu einem Gefüchter herabgewürdigt ist, genügt, um eine Regierung nach innen und außen unmöglich zu machen.

Das Volk will endlich Taten sehen: Jetzt heißt es handeln, so oder so.

## Um Oberschlesien.

### Teilweise ungültige Wahlen.

Breslau, 23. März. Der deutsche Wahlsieg in Oberschlesien ist unter erschwerten Bedingungen ertrungen worden. Aus verschiedenen Orten werden Unregelmäßigkeiten gemeldet, die nach dem Wahlstatut der Interalliierten Kommission zur Ungültigkeitsklärung der Wahl in den betreffenden Orten führen müssen. Aufsässigerweise oder vielleicht natürlicherweise liegen die Orte in den drei Kreisen, die eine polnische Mehrheit ergaben. In Alt- und Neu-Rodzienko wurden vom Wahlbüro nur polnische Stimmzettel ausgegeben. Die Engländer sollen bereits die Wahl für ungültig erklärt haben. Der unerhörte Vorfall wurde dadurch möglich, daß die deutschen Mitglieder des patriotischen Wahlbüros durch Bedrohung mit Totschlag zur Niederlegung ihrer Wämter gezwungen wurden. Der Erfolg war — von mehreren Orten wird dasselbe gemeldet —, daß bei Säufz der Wahlhandlung in dem vom Publikum geräumten Wahlkabinen nur das polnische Wahlbüro und die von diesem bestimmten vier Zeugen zur Feststellung des Ergebnisses anwesend waren. Wie es hierbei zugegangen ist, weiß Nat. In den Kreisen Rybnik und Pleß haben sich dieselben Vorfälle abgespielt, die zur Ungültigkeit der Wahl führen müssen. Aber abgesehen von solchen nachweisbaren Be einflussungen haben sich zahlreiche Terrorakte ereignet, die das Wahlergebnis zugunsten der Deutschen beeinflußt haben. Deutlich beweist dies der Fall des rein deutschen Dorfes Anhalt, das im August vorigen Jahres von den Polen zum Teil niedergebrannt worden ist. Trotzdem nur vier polnische Familien im Orte wohnen, ergab die Abstimmung 294 Stimmen für Deutschland und 76 für Polen. Während des ganzen Winters wurden die einfachen Bäuerne des im Kreise Pleß gelegenen, ganz von polnischen Dörfern umgebene Orts immerfort bedroht; falls Anhalt für Deutschland stimmt, würden die Einwohner vertrieben, es bestand sogar schon ein Verteilungsplan für die einzelnen Wirtschaften.

Noch am Tage vor der Abstimmung fand um das jeden militärischen und polizeilichen Schutzes entbehrende Dorf eine wütende Schießerei statt, und der Erfolg dieses systematischen Terrors waren fast 15 polnischen Stimmen deren 76. Diese einfachen deutschen Bewohner sind eben aus Liebe zu ihrer Scholle den Einschüchterungen erlegen. Dass die polnischen Drohungen nicht leeres Gerede sind, beweist die eben eintreffende Meldung, daß alle deutschen Bewohner des Dorfes Anhalt ihr Hab und Gut im Stiche ließen und nach Kattowitz, Myslowitz, Schoppinitz, Eichenau und Rodzin flüchteten. Auch dort hat der Terror, der heute nach der Abstimmung noch weiter in erhöhtem Maße wütet, nachweislich das Ergebnis zugunsten Deutschlands geföhlt.

Nach den Bestimmungen des Wahlstatuts muß in den Wahlbezirken, in denen eine ordnungsmäßige Durchführung der Wahlhandlung nicht erfolgte, die Wahl wiederholt werden. Praktisch wird dies in den heute unter dem stärksten polnischen Terror liegenden Dörfern unmöglich sein. Bei Bewertung der polnischen Stimmen müssen sie aber zu deren Ungunsten in Rechnung gelegt werden.

### Die österreichischen Gewerkschaften gegen den polnischen Terror.

U. Katowitz, 23. März. Die österreichischen Gewerkschaften erwägen angehoben der höchsten Erregung unter der deutschen Arbeiterschaft wegen der völligen Schwäche gegenüber dem polnischen Terror an die westdeutsche Arbeiterschaft heranzutreten, um Vergeltungsmaßnahmen zu erwirken. Sie können angehoben der Haltung der Interalliierten Kommission, welche die legitime Beschwerde durch untergeordnete Organe entgegennahm, nicht länger Verhandlungen abwarten. Sie wollen ihre Stellung der Deutschenlichkeit bekannt geben, um Verständnis zu finden, falls eine Auspeitung eintreten mög. Ebenso erwägen die Gewerkschaften eigene Gegenmaßnahmen, wenn nicht sofort Ordnung gebracht wird.

### Corriere della Sera zur Abstimmung in Oberschlesien.

U. Mailand, 23. März. Der "Corriere della Sera" beschreibt sich in einem Artikel mit Oberschlesien und sagt: Die österreichische Abstimmung übertrifft an Wichtigkeit die beiden Abstimmungen in Käntien und Österreich weit aus. Die politische Wichtigkeit der Abstimmung liegt darin, daß die Deutschen die hohe Prozeß ihres einheitlichen deutschen Nationalbewußtseins und eine entscheidende Lehre für diejenigen gegeben haben, die noch heute von einer Zersetzung Deutschlands traumen. Frankreich aber mag es endlich erkennen, daß es die Einheit Deutschlands auch gegen seinen eigenen Willen dulden muß.

### Auslieferung von Pleß und Rybnik an Polen?

U. Mailand, 23. März. Nach dem "Corriere della Sera" sollen die Alliierten beschlossen haben, die Kreise Pleß und Rybnik in denen sich eine polnische Mehrheit einsetzen sollte, Polen zuzutreiben. Dieser Beschuß sei auf das Drängen Frankreichs zurückzuführen.

### Die alliierten Truppen in Oberschlesien.

U. Basel, 24. März. Das "Echo de Paris" meint: Der Deutsche Rat hat die Auordnung getroffen, daß die britischen englischen und französischen Truppen in Oberschlesien solange zu

bleiben seien, bis die endgültige Entscheidung gefallen sei. Die Bevölkerung der alliierten Kommissionen bleiben bis zu diesem Entscheidungstermin unverändert aufrechterhalten.

### Paris für sofortige Teilung Oberschlesiens.

U. Genf, 24. März. (Deutsche Tageszeit). "Petit Parisien" meldet aus London, dort herrsche Zweifel, ob Oberschlesien sofort definitiv geteilt würde, oder ob es nicht besser wäre, umstrittenes Territorium mehrere Jahre in der Verwaltung der Entente-Kommissionen zu belassen. Paris befürwortet die sofortige Teilung.

## Unsicherheit in Oberschlesien.

Aus Oberschlesien kommen jetzt, wo die Abstimmung vorüber ist, höchst unerfreuliche Nachrichten von polnischen Gewalttätern, die keine friedliche Lösung erhoffen lassen. Dem "Vormärz" wurde gestern aus Oberschlesien telephoniert, daß zu Hunderten die Arbeiter mit dem Gußknüppel von der Arbeitsplatte vertrieben würden. Schweren Verlebungen sind die Regel. Funktionäre der Gewerkschaften müssen ihre Wohnungen aufgeben und in sich Gebiete flüchten, um nicht in ihrem Heim überfallen zu werden. Die deutschen Gewerkschaften können dieser systematischen Verfolgung nicht länger tapfer widerstehen. In die Interalliierten Kommission können sie sich nicht wenden, weil diese schon die letzten Vorstellungen gegen den polnischen Terror nicht entgegengenommen, sondern an ihre jungen Leute vermiesen hat. Wenn der Deutsche Rat nicht sofort dafür sorgt, daß der feierlich verkündete Schutz der Bevölkerung auch wirklich ausgesetzt wird, dann sind die Gewerkschaften gezwungen, Gegenmaßnahmen zu erwägen, um so mehr, als die Teerpflanzen auch schon auf unbestrittenes deutsches Gebiet übergegriffen haben.

In Boitschütz und in Gieschenwald ist auf den Türramen der Kirchen und Rathäusern die polnische Reichsfahne gehisst. Es wird bemeldet, daß in Antonienhütte am Montag nachmittag über 100 Leute heimatlose Passanten beleideten und schlugen. Schließlich sei die Polizei und französisches Militär eingeschritten, mochte von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Eine Person wurde erschossen und bei einem Verhafteten ein Revolver mit 42 Patronen und eine Handgranate gefunden.

In Kattowitz waren bis gestern Abend schon mehrere hundert Flüchtlinge eingetroffen.

Die polnische Presse in Breslau hatte schon am Montagmorgen große Jubelkolumnen eingerichtet und am Montag nachmittag wurden große Freudentumzüge veranstaltet. Nachher ist die Stimmung gesunken. Man hat sie auch dadurch emporengestiegen, daß man in der Presse schrieb: 20.000 bewaffnete Deutsche mit einer Menge von Waffen terrorisierten die polnische Armee in Oberschlesien.

Noch dem "Berliner Tageblatt" wurde gestern abend aus Katowitz gemeldet, daß reguläres polnisches Militär in Birkenthal, südlich von Myslowitz, eingerückt sei.

## Rundgebung der englischen Arbeiterpartei.

Der Parlamentarische Ausschuss des englischen Gewerkschaftsverbandes und das Executive Committee der englischen Arbeiterpartei beschlossen folgendes Manifest zu erlassen:

Die gemeinsame Iggyne des Parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftsverbandes und des Executive Committees der Labour Party ist der Ansicht, daß die Ursachen der Wirtschaftskrisis, die auf England lastet, größtenteils außerhalb des Landes liegt. Ganz Europa ist durch den Krieg verarmt. Große Teile Europas wurden durch den Frieden ruinirt. Millionen unserer Kämpfer sind heute arbeitslos und mit uns Handel zu treiben, während das Rußland betrübt doch hat unsere Waffen bewaffnet zu seinem Elend und seinem Abschluß von der übrigen Welt beige tragen.

Die tiefe Tributforderung, die die Entschädigungsbelüsse enthalten, wird die Möglichkeit für unsere Waren in Deutschland noch weiter verringern. Unser Export nach Deutschland Beitrag — zum Kriegspreis berechnet — im letzten Jahr weniger als ein Achtel dessen, was wir im Jahre vor dem Kriege dortin ausführten. Wir verstrachten im letzten Jahre nach Deutschland und Irland sowie zu einem geringen Anteil nach Russland, während die Industrie von ihren früheren Höhen weniger als ein Zehntel dessen, was wir 1913 verstrachten. Dieser Rückgang allein würde genügen, um die heutige Arbeitslosigkeit zu zum größten Teile zu erklären.

In dieser allgemeinen Verarmung, welche zugleich unsere Abnehmer ruiniert und unsere Arbeiter zum Fleißen anregt, liegt aber noch schlimmeres als die unermittelbare Vergeudung von Werten durch den Krieg. Die Blodeude Russlands war eine höchst fatale Politik. Eine Bestimmung des Friedensvertrages nach der anderen hat ihr Teil dazu beigetragen, den Ruin zu vollenden, den der Krieg begann. Österreich wurde zerstört, aber Paris vergaß, für den notwendigen Handel zwischen den ausländischen Teilen Sorge zu tragen. Es schafft eine Weltstadt und eine blühende Industrie von ihren früheren Kohlenvorräten ab. Österreich wurde mit Recht zur Arbeit aufgerufen, um die Entschädigungszahlung zu ermöglichen. Aber der Vertrag, der diese Verpflichtungen aufrechterhielt, nahm ihm seine Handelsmarke und drei Viertel seines Eisenerzes, verringerte die Kohlezufuhr für seine Industrie, soß die Banden und Geschäfte, welche allein seinen auswärtigen Handel vermittelten. Sowohl im Namen der Humanität wie in unserem eigenen Interesse müssen wir dagegen Protest erheben. Die Stechleistungsschärfen in Mitteleuropa beweisen, daß es die Kinder sind, welche diese Rechnung mit ihrem Leben bezahlen. Als Arbeiterbewegung müssen wir die Entschädigungsbeschluß vom Standpunkt der Arbeiterschaft erheben. Obwohl des Landes, welches zahlen soll, als dessen, an das die Zahlungen gehen, beurteilen. Gezahlt werden kann nur durch Export, den wir ohne Begeisterung erhalten. Das bedeutet weitere Schwierigkeiten für unsere Industrie. Deutschland, auf der anderen Seite, würde gezwangener sein, 42 Jahre lang nur die notwendigsten Lebensbedürfnisse einzuführen. Das bedeutet, daß unsere Wirtschaft sich nicht wieder erholen können, und daß — als Folge — die Arbeitslosigkeit steigt.

In dieser allgemeinen Verarmung, welche zugleich unsere Abnehmer ruiniert und unsere Arbeiter zum Fleißen anregt, liegt aber noch schlimmeres als die unermittelbare Vergeudung von Werten durch den Krieg. Die Blodeude Russlands war eine höchst fatale Politik. Eine Bestimmung des Friedensvertrages nach der anderen hat ihr Teil dazu beigetragen, den Ruin zu vollenden, den der Krieg begann. Österreich wurde zerstört, aber Paris vergaß, für den notwendigen Handel zwischen den ausländischen Teilen Sorge zu tragen. Es schafft eine Weltstadt und eine blühende Industrie von ihren früheren Kohlenvorräten ab. Österreich wurde mit Recht zur Arbeit aufgerufen, um die Entschädigungszahlung zu ermöglichen. Aber der Vertrag, der diese Verpflichtungen aufrechterhielt, nahm ihm seine Handelsmarke und drei Viertel seines Eisenerzes, verringerte die Kohlezufuhr für seine Industrie, soß die Banden und Geschäfte, welche allein seinen auswärtigen Handel vermittelten. Sowohl im Namen der Humanität wie in unserem eigenen Interesse müssen wir dagegen Protest erheben. Die Stechleistungsschärfen in Mitteleuropa beweisen, daß es die Kinder sind, welche diese Rechnung mit ihrem Leben bezahlen. Als Arbeiterbewegung müssen wir die Entschädigungsbeschluß vom Standpunkt der Arbeiterschaft erheben. Obwohl des Landes, welches zahlen soll, als dessen, an das die Zahlungen gehen, beurteilen. Gezahlt werden kann nur durch Export, den wir ohne Begeisterung erhalten. Das bedeutet weitere Schwierigkeiten für unsere Industrie. Deutschland, auf der anderen Seite, würde gezwangener sein, 42 Jahre lang nur die notwendigsten Lebensbedürfnisse einzuführen. Das bedeutet, daß unsere Wirtschaft sich nicht wieder erholen können, und daß — als Folge — die Arbeitslosigkeit steigt.

Die Neubewaffnung des Weltmarktes mit Gütern, die tatsächlich durch Zwangsschafft hergestellt sind, wird unsere eigenen Arbeiter einer noch nie dagewesenen Form der Konkurrenz gegenüberstellen.

Wir glauben jedoch nicht, daß die Entschädigung in der von Paris geforderten Höhe bezahlt werden kann. Im Augenblick hat Deutschland keinen Exportüberschuss zu verzeichnen, sondern sein Export bleibt im Gegenteil hinter dem Import zurück, und es besteht keine Aussicht auf eine Besserung unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Es ist undenkbar, daß Europa 42 Jahre lang ein bewaffnetes Heerlager bleibt, um diesen unmöglichen Tribut zu erzwingen.

Ebenso fügt ich es aber meine Meinung nach, daß Deutschland, bei einer Bemerkungseinheit und gründlicher Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages, in der Lage sein wird, für die tatsächlichen Verwüstungen Wiedergutzugung zu leisten.

Der Frankreich zugesetzte Schaden wird vor allen Dingen erstiegen. Wir würden es vorziehen, wenn das — soweit sie französische Stimmung und die französischen Interessen es erlauben — durch deutsches Material ersetzt. Keine britische Forderung ist dringender als diese. Unsere Ansicht nach enthält die nationalestaatlichen Posten, die unzureichend sind mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes getroffenen Bedingungen, auf und deren Deutschland sich untersetzt hat. Diese Posten sind meist aus die geweckten französischen Forderungen kompatibel. Nur juristische Widerstände kann aus dem Satz

"Schäden, welche der Zivilbevölkerung der Alliierten oder deren Eigentum durch Land-, See- und Luftangriffe Deutschlands zugefügt worden sind" (Punkt 8 des Wilsonschen Friedensprogramms)

die Verpflichtung für Deutschland konstruiert, den alliierten Regierungen ihre Ausgaben für Pensionen und Vergütungen an Personal zurückzuerstellen.

Eine ehrliche Interpretation der Bedingungen, auf Grund deren Deutschland sich unterworfen hat, würde zur Festlegung einer niedrigeren Gesamtsumme führen.

Der nächste Schritt muß die Wiederaufnahme der zuvor bestätigten Wirtschaft des Kontinents und die praktische Wiederaufnahme der gegenwärtigen Handelsbeziehungen sein, nicht die Erzwingung einer solcherart. Das erfordert aber die gründliche Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen aller Friedensverträge und den Abschluß eines ehrlichen Friedens mit Rußland.

Da somit unserer Ansicht nach die augenblickliche Arbeitslosigkeit in England die direkte Folge seiner selbstmörderischen auswirkenden Politik ist, verlangen wir nicht nur eine nochmalige Prüfung der Entschädigungsforderungen, sondern auch eine Veränderung der Gesamtpolitik der Alliierten gegenüber Zentral-Europa und Rußland.

## Eine Note Sovjetrußlands an Amerika

Moskau, 24. März. Die Sowjetregierung Russlands hat am 21. März eine offizielle Note an Amerika gerichtet, in der sie der Hoffnung auf freundschaftliche Beziehungen zwischen Nordamerika und Russland Ausdruck gab. Darin heißt es u. a.: Sovjetrußland hofft, daß die amerikanische Republik den von der alten Regierung verfolgten Pfad nicht hartnäckig weiter verfolgen wird und daß die neue amerikanische Regierung die Vorteile erkennen wird, die für beide Teile in der Wiederaufstellung der Geschäftsbetriebs liegen. Die Interessen der Bevölkerung in beiden Ländern verlangen unbedingt die Aufhebung der künstlichen Mauern, die zwischen beiden Ländern aufgerichtet sind. Die Sowjetrepublik hat nicht im geringsten die Absicht, in irgend einer Weise in die inneren Angelegenheiten Amerikas einzutreten und das australische Zentral-Exekutivkomitee erklärt hierdurch lateinisch, daß von ihrer Seite jede Propaganda in Amerika unterlassen wird. Das australische Exekutivkomitee schlägt vor, eine besondere Kommission nach Amerika zu senden, um die Frage der Handelsbeziehungen und der Wiederaufnahme des Geschäftsverkehrs zwischen Russland und den Vereinigten Staaten zu regeln.

## Ein neuer Freispruch.

Hauptmann von Kessel wurde von der Anklage des Meineides freigesprochen. Nach einstündiger Beratung verneinten die Geschworenen die Schuldfrage wegen Anstiftung zu unerlaubter Entfernung unter Mißbrauch der Dienstgewalt in zwei Fällen, ferner die Schuldfrage wegen Meineides. Bejaht wurde die Schuldfrage wegen Herausforderung zum Zweikampf. Das Urteil lautet, dem Antrag des Staatsanwalts gehäh, wegen Herausforderung zum Zweikampf mit Rücksicht darauf, daß sich der Angeklagte schwer beleidigt glauben durfte, auf eine Woche festgesetzt, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurde. Außerdem wurde der Haftbefehl aufgehoben und die Haftzeit freigegeben. (Siehe Verhandlungsbericht in der Beilage.)

## Politische Rundschau.

### Kleine politische Nachrichten.

Mit der Oberleitung des Zollamtes im besetzten Gebiet hat die Interalliierte Rheinlandskommission ein Komitee Directeur des Douanes des Rheinlandes unter Leitung des Kommandanten Cartier und eines belgischen und britischen Mitgliedes betreut. Zur Vertretung dieses Komitees bei den deutschen Zollbehörden des besetzten Gebietes ist Oberregierungsrat Scherf von der Abteilung für Zoll- und Verbrauchssteuern des Landesfinanzamtes Köln bestimmt.

Neuer vermittelt aus San Salvador, das Nicaragua aus dem Völkerbund auszutreten beabsichtigt und zwar wegen der hohen Mitgliedsosten, die sich auf 4000 Dollar monatlich stellen. Nicaragua schuldet dem Völkerbund bereits 48 000 Dollar.

### England.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die englische Regierung hat die Arbeitgeber des Bauwesens erlaubt, während zweier Jahre 50 000 demobilisierte Soldaten zu beschäftigen. Für jeden demobilisierten Soldaten, der beschäftigt wird, will die Regierung den Arbeitgebern eine Hilfe von zehn Schillings pro Woche während der ersten sechs Monate und fünf Schillings pro Woche für die nächsten sechs Monate gewähren. Die Arbeitgeber haben diesen Vorschlag angenommen.

Im Unterhause hat der Arbeitersführer Thomas einen Antrag auf Nationalisierung der Eisenbahnen eingereicht.

## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 24. März.

Des Karfreitags wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Sonnabend.

## Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine Mecklenburg-Lübeck.

Am 9. und 10. April findet in Güstrow die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Am Sonnabend, dem 9. April, abends 7½ Uhr Jugendfeier verbunden mit einer Bücher- und Schriftenausstellung. Beginn der Konferenz Sonntag, den 10. April, morgens 8 Uhr; beide Veranstaltungen im Lokale "Tivoli".

Alle Vereinigungen, in den Orten, wo noch keine Arbeiter-Jugendvereine bestehen, sollten Vertreter entsenden, es ist die beste Gelegenheit, sich über Jugendarbeit zu orientieren. Unter Losungswort heißt:

Gründet überall Arbeiter-Jugendvereine!

Nächste Auskunft erteilt der Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine Meck.-Lübeck.

Vorausleistung und ziehen ihren Nutzen daraus. Deshalb ist es fiktive Pflicht ihres Lübeders, dem Verein „Heimshaus Lübeck“ beizutreten. Unterschriftenbogen für Beitragsentnahmen liegen aus: Mengstraße Nr. 6, Gewerkschaftshaus, Kupfermarkt, Eichenburgstraße, Restaurant zur Hoffnung, Hüxtertor-Allee, Restaurant zur Wartburg, Kronsfordt Allee, Restaurant zu den 3 Ringen, Sonnenstraße, Restaurant Friedrichshof, Schwartauer Allee.

## Die Steuererklärung!

Der bisherige Steuerabzug ist eine Abzugszahlung auf die für das Jahr 1920 zu zahlenden Steuern. Zum Zweck der Feststellung der Steuereinnahmen werden Steuererklärungen vom Finanzamt verschickt. Wer aber keine erhält, ist verpflichtet, sich das Formular vom Finanzamt zu holen. Die Steuererklärung verlangt zunächst Angaben über das steuerbare Einkommen. Hier ist anzugeben, welches Einkommen der Steuerpflichtige und, wenn das der Fall ist, seine Ehefrau sowie seine zum Haushalt zählenden minderjährigen Kinder (eigene Abhänglinge, Eltern, Schwieger- und Pflegelinder) im Kalenderjahr 1920 hatten. Das Arbeitseinkommen der minderjährigen Kinder ist dabei nicht aufzuführen, weil diese ihr Arbeitseinkommen selbst versteuern müssen. Dagegen wird das Einkommen der Ehegatten zusammengezählt. Als Einkommen aus Arbeit gelten die Einnahmen an Gehalt, Lohn, Renten, Gratifikationen oder andere unter sonstiger Bezeichnung gewährte Bezüge und geldliche Vorteile. Ferner gehören zum Einkommen aus Arbeit die Einnahmen aus wissenschaftlicher, künstlerischer, unterrichtender und erziehlicher Tätigkeit; Einnahmen an Wartezelbörse, Aufzuhaltungen, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldliche Vorteile für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit, weiter Einnahmen aus einmaliger oder dauernder Tätigkeit jeder Art. Schließlich sind noch auszuführen sonstige Einnahmen aus Leibrenten, Leihgedingen, Renten und sonstigen Vorteilen, Entschädigungen für entgangene Einnahmen, Lotteriegewinne und ähnliche außerordentliche Einnahmen, durch einzelne Beträgerungsgeschäfte erzielte Gewinne und sonstige Einnahmen jeder Art. — Die auf Grund der Mittelführer-Ordnung ausgeführten bezogenen Verlustmehrungen, Abzugs-, Alters- und Tropenzulagen sowie öffentliche Unterstützungen wegen Hilfsbedürftigkeit fallen nicht unter das steuerbare Einkommen.

Abzug vom steuerbaren Einkommen. Zunächst sind abzuziehen die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens gemachten Aufwendungen. Dazu gehören die notwendigen Ausgaben für Straßen- oder Eisenbahnsfahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Auch die Kosten für die Instandhaltung eines Fahrrades können abgezogen werden. Besonders herzuheben wollen wir die Mehrkosten, die gewisse Klassen von Arbeitern über den gewöhnlichen Bedarf hinaus haben, zum Beispiel, wenn sie unter Tage, im Wasser oder am Hochsee arbeiten, für Arbeitskleidung, ebenso Kettner, Musiker für Berufskleidung usw.

Geht die Ehefrau einem Gewerbe nach und muss sie darum für die Beaufsichtigung der Kinder eine Hilfe bezahlen, so ist auch diese Aufwendung abzugsfähig.

Ferner können abgezogen werden die besonderen Aufwendungen für Wohnung und Bekleidung, die ein etwa wochentags von seiner Familie abwesender Arbeiter machen muss. Auch wenn ein Steuerpflichtiger an einem anderen Orte arbeitet, dort infolge der gegenwärtigen Wohnungsnot keine Wohnung findet und infolgedessen an seinem Arbeitsort und am Wohnorte der Familie eine Haushaltung führen muss, kann er die dadurch entstehenden Mehrausgaben in Abzug bringen.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen über den Abzug vom steuerbaren Einkommen.

Der steuerfreie Teil des Einkommens. Der Betrag von 1500 Mark, das sogenannte Existenzminimum eines Steuerpflichtigen, ist steuerfrei. Der steuerfreie Einkommensteil erhöht sich für jede zum Haushalte des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark. Dieser Betrag erhöht sich bei einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 10000 Mark nicht übersteigt, um 200 Mark für die zweite und jede weitere Person, lassen sie das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Es ergibt sich nach diesen Bestimmungen folgendes Gesamtbild: Der Haushaltungsvorstand ist berechtigt, außer 1500 Mark für seine eigene Person weitere 500 Mark für die bei ihm lebende Ehefrau steuerfrei abzuziehen, ferner für jedes zu seiner Haushaltung gehörende Kind je 500 Mark, wenn das Kind kein Einkommen hat. Wenn ein Kind dagegen Arbeitseinkommen hat, darf der Haushaltungsvorstand für dieses Kind nur insoweit die 500 Mark von seinem steuerbaren Einkommen abziehen, als das Arbeitseinkommen des Kindes unter dem Betrag von 500 Mark bleibt. Hat also das Kind 500 Mark Einkommen oder mehr aus Arbeit, so ist der Haushaltungsvorstand zu seinem Abzug berechtigt, der Abzug der 500 Mark erfolgt vielmehr bei dem Kind, das für ein Arbeitseinkommen selbstständig veranlagt ist. Hat der Haushaltungsvorstand nur ein steuerbares Einkommen bis zu 10000 Mark, so kann er für die Frau 500 Mark und für jedes Kind 700 Mark in Abzug bringen.

## Lübeck die viersteuerste Stadt.

Das Statistische Reichsamt hat die Kosten für die Lebenshaltung in 39 deutschen Städten untersucht. Für die Jahre 1913/14 ist für die Lebenshaltungskosten die Zahl 100 festgestellt. Auf diese bezogen, ergeben sich für den November 1920 — bis dahin sind die Berechnungen erst fertiggestellt — folgende Resultate: Als vierste Stadt erscheint Bremen mit einer Teuerungszahl von 1143. Dann folgen Erfurt mit 1121, Gera mit 1070, Lübeck mit 1061 und Krefeld mit 1059. Zwischen 1000 und 1050 bewegen sich: Elberfeld, Duisburg, Bremen, Kiel, Altona, Kassel, Görlitz, denen bis zu 900 Bonn, Barmen, Chemnitz, Leipzig, Hannover und Stettin folgen. Berlin, das im allgemeinen als reuerste Stadt angesehen wird, reicht nicht diesen Ruf, nicht Es weist nur eine Teuerungszahl von 871 auf. Am günstigsten ist Süddeutschland daran: Stuttgart zeigt seine Lebenshaltungskosten mit einer Teuerungszahl von 842 an, Karlsruhe mit 832, während Freiburg i. Br. mit 783 und Nürnberg mit nur 752 den Ruhm in Anspruch nehmen können, als billigste Städte in Deutschland zu gelten. Nimmt man von den 39 berechneten Städten den Durchschnitt, so ergibt sich für das Reich im Verhältnis zu 1913/14 die Zahl 872.

Die Versammlung der Bürgergesellschaft am Dienstag, dem 29. März hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Anfrage von Feuerlöschberatern in den Siedlungen. 2. Verbesserung im Warmwasserhaus zu Travemünde. 3. Bauhofsaufzug am den Lübecker gemeinschaftlichen Bauverein. 4. Verkauf eines Bauplatzes in Kühlitz. 5. Nachtrag zu dem Gesetz über das Pfandbriefgrembe. 6. Erlass einer neuen Gebührenordnung für das Verfahren bei Zwangsvollstreckungen im Verwaltungswege. 7. Abänderung der Tarife der Betriebsanstalten. 8. Verkauf des ehemaligen Meiergründstückes in Bormer. 9. Übergang der Wasserstrafen von den Kindern auf das Reich. 10. Erhöhung des Schulgebühres. 11. Nachbestimmung für die Friedhofsbehörde. 12. Erhebung weiterer Bestattungsgebühren. 13. Aufzulöse am Münsterherrnsteile beim Besuch von Gas usw. 14. Sinauspaltz auf das Waisenhaus.

Differenzen auf dem Fleiderwerk. Infolge der Ablehnung des am 14. d. Ms. gefüllten Schiedspruches, in der Tarifstreitigkeit zwischen Belegschaft und Betriebsleitung des Fleiderwerks durch die Direktion des Fleiderwerks, drohen ernste Differenzen auszubrechen. Wir teilen dies der Bevölkerung schon heute mit und vermeiden gleichzeitig auf den Sonnabend erscheinenden ausführlichen Bericht. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbundes.

Hilfsmittel der Oberlehrer. Der erste Sonderzug mit den befehlenden Oberlehrern traf Mittwoch abends gegen 7½ Uhr auf dem kleinen Bahnhofe ein. Einzelne hatten sogar Begrüß-

ung eingefunden. Als der Zug in die Halle eintrat, brach die Menge in stürmische Hochrufe aus und die Schuhmannslapelle empfing die Ankommenden mit schmetternden Läufen. Senator Michael begrüßte sie im Namen des Senats und dankte ihnen für ihre Mühe, wodurch der deutsche Sieg trotz des Terrors der Polen erreicht worden sei. Nun gelte es in Treue festzuhalten am Reich. In das Hoch auf ein deutsches Oberlehrerstimmen die Versammelten stürmisch ein. Die Schuhmannslapelle spielte das Lied: O, Deutschland hoch in Ehren, das von vielen mitgesungen wurde. Langsam leerte sich die Halle. Auch vor dem Bahnhof hatte sich eine große Menge zur Begrüßung eingefunden. Das Gedränge, das auf dem Bahnhof und in der Halle herrschte, war so stark, dass die nächsten Anwohner der Jurisdiktionen den Zug kaum herankommen konnten, um ihre Lieben zu begrüßen. Es wäre daher besser, wenn die Neugierigen sich nicht näherten würden. Wie uns mitgeteilt wurde, ist der Zug in Oberschlesien von den Polen mit Steinen beworfen und einem Jassen sogar ein Auge ausgestochen worden. Dieser musste in Breslau ins Krankenhaus gebracht werden.

Achtung, Oberlehrer! Alle Abstimmenden, die in Oberschlesien dem Terror der Polen ausgesetzt waren, oder denen sogar gesetzlich vorgenommen wurde, werden dringend gebeten, sich bei Herrn Dr. Müller, Hüxterdamm 22, umgehend zu melden. (Siehe Inserat)

Arbeitsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. Lübeck. Die Arbeitsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. Lübeck hielt am Dienstag, dem 22. März 1921, ihre erste ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ist zu ersehen, dass die Zahl der Genossen im Laufe des Jahres auf 1666 angewachsen ist. Ausgeführt wurden von der Genossenschaft 34 Siedlungsbauten und verschiedene Um- und Durchbauten. Beschäftigt wurden im Anfang des Jahres 5 Arbeiter, am Schluss des Jahres 76 Arbeiter. Die Tischlerei konnte allen Anforderungen nicht genügen, so dass für dieselbe eine Maschinenanlage beschafft wurde. Die Bilanz schliesst mit einer Ein- und Ausgabe von 989 937,35 Mark, ein Reingewinn wurde erzielt von 12 311,14 Mk. Die Generalversammlung beschloss den folgenden Auflösungsvorschlag:

20 Prozent Reservefonds, 20 Prozent Pacht- und Siedlungsfonds, 5 Prozent auf die Anteile der Genossen. Ferner beschloss die Generalversammlung den Genossen zu empfehlen noch einen weiteren Anteil zu nehmen. Von allen Nebnern wurde betont, dass die Genossenschaft noch nicht das erreicht hat, was wir alle wünschen, aber zunächst kann man mit der jährlichen Tätigkeit aufzudenken sein. Ferner wurde betont, dass die Genossenschaft auf dem Baumarkt preisbildend gewirkt, denn sofort bei Beteiligung an Submissionsleistungen der Genossenschaft waren andere Submissionspreise zu bemerkern, und zwar niedriger als jener. Außerdem war man der Ansicht, dass unsere Fraktion der Bürgerschaft durchgreifen müsse bei der Baubehörde, denn größere Staatsaufträge hat man der Arbeitsbaugenossenschaft noch nicht überwiesen. Für die Lübecker Arbeiterschaft gilt es aber nun, die alte Produktivgenossenschaft materiell und finanziell zu unterstützen, um dem Unternehmertum gegenüber zu beweisen, dass auch die Arbeiterschaft in der Lage ist, selbst zu arbeiten. Arbeiter-Gewerkschaft Lübeck, wollt Ihr einen kleinen Teil zur Befreiung der Arbeiterklasse beitragen, wollt Ihr, dass das profitierende Unternehmertum verhindert, wollt Ihr, dass langwieriger Streiks aufgehoben werden müssen, dann unterstützt die Arbeitsbaugenossenschaft Lübeck. Werdet Mitglied der Genossenschaft. Zeichnet Anteile; dieselben können in monatlichen Raten gezahlt werden. Bringt Eure Spareinlagen zur Genossenschaftbank. Packt Eure Genossenschaften mit Eurem Gelde an! Die Macht eines jeden organisierten Arbeiters ist es, Mitglied der Arbeitsbaugenossenschaft zu werden!

Die Lübecker Handelskammer gegen die wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen der Entente. Der Hafttauschuss des Deutschen Industrie- und Handelsrates hat am 18. März eine Entschließung gefasst, in der er, der Empörung über die von den feindlichen Staaten unter dem Namen von Sanktionen beschlossenen Gewaltmaßnahmen "Ausdruck gibt und die ihm angehörenden Handelskammern aufruft, dahin zu wirken, dass Deutschlands Industrie und Handel bis zur Aufhebung der Sanktionen von Einkäufen aus den an ihnen beteiligten Ländern absieht." Die Handelskammer Lübeck schloss sich in ihrer gesetzten Versammlung diesem Entschluss in vollem Umfang an und riefte an die Handels- und Industriefirmen ihres Bezirkes gleichfalls die dringende Bitte, aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen in ihren Geschäftszweigen zu den Ländern, welche an den neuen gegen Deutschland erichteten Maßnahmen teilnehmen, bis zur Wiederaufhebung dieser Zwangsmaßnahmen Zurückhaltung zu üben.

Nordische Woche in Lübeck. Die Deutsch-Finnländische Vereinigung, in welcher die an den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland interessierter Kreise vereinigt sind, habe gestern im September ds. Js. anlässlich der Nordischen Woche in Lübeck eine Mitgliederversammlung abzuhalten.

Wegen Preistreiberei in Baumaterialien verurteilte die Strafkammer am Mittwoch den Privatmann Scheere zu 15 000 und den Landwirt Bassow zu 10 000 Mk. Geldstrafe. — Wegen Spritschwungels erhielt der Fischer Brüscher-Timmendorfer Strand 4 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 210 000 Mk. Der Fischer Brand-Haffkrug wurde wegen des gleichen Vergehens zu 1 Monat Gefängnis und 60 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der Chorverein Lübeck wiederholte gestern das am 8. März gegebene Konzert. Anlässlich der ersten Aufführung wurden die Leistungen des Chorvereins ausführlich vor dem örtlichen Kritiker besprochen. Hier soll deshalb nur nachgetragen werden, was mir gestern im Vergleich zu der Kritik der ersten Aufführung auffallt. In der Wiedergabe des Pilgerchores aus "Lahnhäuser" muss eine starke Verwaltung eingerichtet sein; denn abgesehen von einer etwas schwachen, übrigens auch sehr schweren Stelle, wurde dieselbe gut niedergeschrieben. Was mit beim Männerchor am meisten auffiel, ist das gute Stimmaterial, über welches er verfügt, und das zu den schönen Hymnen für die Zukunft berechtigt. Weniger gelingt ist der Frauenchor; aber die Unfähigkeit ist vorhanden. Die Soprannimmen bedürfen noch einer besonderen Pflege, damit sie mehr Weichheit bekommen. Den Sängerinnen im allgemeinen ist im Gefang etwas mehr Temperament zu empfehlen; erst dadurch bekommt das Lied den letzten Schliff. Herr Immendorf und Fr. Fridhoff legten infolge des reichen Beifalls einiges zu und ernteten damit warmsten Dank. Vielleicht haben sie im stillen diese dankbare und genügsame Hörerschaft aus dem Volke verglichen mit dem gewöhnlichen Theaterpublikum, das nie ganz aufzudenken ist. —

Stadttheater. Donnerstag "Ongmalion" und zum letzten Male "das russische Ballett". Sonnabend Erstaufführung von "Bohème". Sonntag nachm. "Alt-Heidelberg" (Räth-Fr. Kitti Stengel, Karl-Heinz-Herr Abt. Johnnes), abends "Bohème". Montag "Tanz-Matinée von Wera Waldheim", Tochter einer früher gut bekannten Lübecker Familie. Nachm. Fremdenvorstellung "Der letzte Walzer", abends "Scoubadour". In den Kammerspielen Sonnabend "Flamme", Sonntag "Am Leib" und Montag "Flämme".

pb. Gestern Abend wurde ein Schriftsteller aus Stettin bei Stolp, der sich unter Beilegung eines ihm nicht zulässigen Namens und der Angabe, dass er Doctor sei, vergebene Beträgen, verbunden mit Urkundenfälschung ausgeführt hatte. Eine telegraphische Anfrage in München, seinem jetzigen Wohnsitz, ergab, dass er auch von dort wegen Betruges gefangen wird. — Wegen Verdachts des Fahrabfahrtstrafts wurde ein in der kleinen Gröpelgrube wohnhafter Arbeiter festgenommen. Der festgenommene

Verdächtige ist um so dringender, weil das Gesetz desselben umgedreht war und die Männer mit neuen Manteln bewaffnet waren, obwohl er das Rad seit 1915 im Besitz haben will. Das Fahrabfahrtstrafrecht ist im Bureau der Kriminalpolizei sicher gestellt.

pb. Entwischen ist am 22. ds. Ms. der im Krankenhaus untergebrachte gewesen Strafgefangene Karl Behrend in Wustalsleldung.

pb. Diebstahl. Am 19. ds. Ms. ist von dem Holzplatz einer kleinen Werkstatt ein der Wieding-Werkstatt gehörendes leichtes finnisches Weibchen von rötlich-brauner Farbe und Klinkerbauart abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Aus einem Hause vor dem Burgtor sind in der Nacht zum 23. ds. Ms. eine Tischdecke mit Klöppelblumen, ein großes Tischtuch und zwei Kassettenden, einige silberne Kerzen, sechs silberne Serviettenringe, drei silberne Eierbecher und fünf kleine Serviettenringe mittels Einbruches gestohlen worden.

## Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Das Werk der Unverantwortlichen. Die schamlosen Heiter der LKA, hatten alles daran gesetzt, den entzündigen Zustand an einem "Großcamping" zu gestalten. In gewaltigen Lettern verkündet die — trotz der unklugen Beleidigung — "Hamburger Volkszeitung": "Am Anfang war die Tat!" Der Tag der "Tat" wurde eingeleitet mit einem Demonastration zu einer der Erwerbslosen. Um Dienstag fand in den Stempelstellen eine rege Ablitation statt, dass sich die Arbeitslosen um 5,30 Uhr auf dem Heiligengriffelde versammelten, um von dort, nach Berufen geordnet, vor die Betriebe zu ziehen und die Arbeitslosen zu verlangen. Aber wie wenige Vertrauen zu den verabscheienden "Führern" vorhanden ist, zeigte sich Mittwoch morgen. Knapp 400 Menschen hatten sich eingefunden, und unter diesen waren nicht weniger der Ansicht, dass es unfein sei, überhaupt etwas derartiges zu unternehmen, da sie Erwerbslosen, sich nicht als "Proletarierleben", gemordet von blutdürstigen, grauen Hundem" in den Demonstrationen feiern lassen wollten. Trotzdem haben die unverantwortlichen Heiter ihres Ziels erreicht. Es ist zu blutigen Zusammenstößen gekommen, worüber wir an anderer Stelle berichten.

Gadebusch. Eine schwere Bluttat wurde in Schlagsfort bei Neuendorf verübt. Unter den Schnittern entstanden wegen eines geistigen Anzuges Streitigkeiten, die im Schlägerei ausarten. Der Schnitter Ugowski wurde von mehreren Schnittern bestimmt, den Anzug gestohlen zu haben. Er wurde mit einem Knüppel niedergeschlagen. Über dies war noch nicht genug. Nach etwa einer Stunde kam einer der Schnitter nochmals wieder und schnitt Ugowski mit einem Tischmesser die Kehle durch. Die Lusthöhre wurde ganz durchschnitten, glücklicherweise die Halsader jedoch nicht getroffen. Ugowski konnte sich nun noch aufzurichten und nach dem benachbarten Försterhaus schleppen, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Die Verbrecher wurden in Haft genommen.

Stade. Lebendig verbrannt wurde in Holffel bei Dokum ein 4jähriges Mädchen. Es kam in Abwesenheit der Mutter dem Ofen zu nahe, sodass die Kleider Feuer fingen. Die Schwerverletzte starb bald darauf.

## Neueste Nachrichten.

### Ablehnung der Milliarde Goldmark.

II. Paris, 23. März. In Abwesenheit des deutschen Botschafters Dr. Mayer hat der deutsche Geschäftsträger von Matius der Reparationskommission eine Note übergeben, durch die die deutsche Regierung der Reparationskommission bekannt gibt, dass es ihr unmöglich ist, heute der Kommission eine Milliarde Goldmark zu übergeben. Die Reparationskommission ist heute nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu der Note und der Ablehnung der Bezahlung Stellung zu nehmen.

II. Paris, 24. März. Die in Paris erscheinende "Chicago Tribune" meldet, dass der deutsche Geschäftsträger bei der Übergabe der Note an die Reparationskommission die Einberufung einer neuen Konferenz der Sachverständigen vorgebracht habe. Nach derselben Zeitung wird demnächst eine neue Konferenz der alliierten Premierminister in Brüssel oder Paris stattfinden.

### Eine weitere Note der Wiederherstellungscommission.

II. Paris, 24. März. Die Wiederherstellungscommission hat einen Bericht über ihre Note auf die Antwort Deutschlands bezüglich der 20 Milliarden Goldmark fertiggestellt. Die Note wird am 24. März nach Berlin gehen.

### Die Demission Hughes.

II. Paris, 24. März. Schon seit einigen Tagen war es in Washington bekannt, dass zwei Ausschüsse im Kabinett vertreten seien. Hughes und Hoover waren für den Beitritt Amerikas zum Völkerbund. Weeks, Fall und Jones meinten, dass der totgeborene Hund tot bleiben soll. Die Demission Hughes scheint darauf hinzuweisen, dass der Präsident Harding seiner Auffassung zuneigt. Es ist vorzusiehen, dass der Präsident in der Frage des Friedens mit Deutschland und des Beitritts zum Völkerbund mit starken Pressionen zu tun haben wird.

### Das Gesetz über die 50prozentige Abgabe in der belgischen Kammer angenommen.

II. Brüssel, 24. März. In der belgischen Kammer wurde gestern das Gesetz über die 50prozentige Abgabe vom Verkaufspreis aller aus Deutschland eingeführten Waren beraten. Der Finanzminister war der Meinung, dass die Londoner Sanktionen eine gute Wirkung haben und Deutschland zur Besinnung bringen werden. Doch Deutschland seine Schulden bezahle, sei eine Existenzfrage für Belgien. Die Londoner Sanktionen würden auch ihre moralische Würde nicht verschonen. Die Kammer hat darüberhinaus das Gesetz mit 129 gegen 2 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen. Hierauf wurde die Kammer auf den 6. April vertagt. Das Gesetz ist sofort dem Senat überwiesen worden, der es gleichfalls mit allen gegen eine sozialistische Stimme annahm.

### Zur Lage in Kronstadt.

II. Helsingfors, 23. März. Aus Kronstadt liegen folgende neue Nachrichten vor: Die Bolschewisten sind Herren der Stadt. Die muternden Kriegsschiffe wurden gesprengt. Tausend Gefangene wurden nach Oranienbaum, 400 nach Petersburg gebracht, sie werden einem besonderen Gerichtshof übergeben werden.

### Die Bolschewisten Herren in Batum.

II. Konstantinopel, 23. März. Die roten Truppen scheinen endgültig Herren von Batum zu sein. Die georgische Regierung soll sich an Bord eines italienischen Kriegsschiffes geflüchtet haben und wird in Konstantinopel erwartet.

### Brieskasten.

G. St. Ein Artikel ähnlichen Inhalts war uns bereits von anderer Seite zugegangen, w



## Der Meinungsprozeß Kessel.

Im Verlaufe der Zeugenvornehmung wurde dem Oberleutnant Hofmann die Frage vorgelegt, woher der ihm ständig zur Erfüllung stehende 10 000-Marx-Fonds stamme. Der Zeuge verweigerte aber die Rückunft, woher das Geld stammt. Die Geldgeschäfte spielt in der Vernehmung noch weiter eine Rolle, und als der Zeuge Pfarrer Rump erklärt, Marloh habe am 1. Juni von Hofmann einen Scheid von 6000 M. erhalten, will der Angeklagte den Zeugen unterbrechen. Hofmann hält diese Aussage für ganz neu, kann aber auch nicht angeben, wieviel Geld Marloh von ihm bekommen hat. Der Vorsitzende kommt dann auf die Unfertigung des Urlaubsgesuches Marlohs zu sprechen. Marloh hat am 2. Juni ein sehrconfuses Urlaubsgesuch eingereicht, das nach Aussage des Pfarrers Rump mit dem Datum des 31. Mai verfasst wurde, weil der Angeklagte diesen Wunsch geäußert habe. Marloh habe die Komödie anfangs nicht mitmachen wollen, weil er befürchtete, daß Kessel ihn auf Grund des verworrenen Urlaubsgesuches später als „geistig in derart wertig“ herstellen könne. Das Urlaubsgesuch wurde Marloh auf Veranlassung Kessels in die Feder diktirt. Dann drehte sich die Verhandlung um die Person des Pfarrers Rump, dem vorgehalten wird, daß er in seinem früheren Wirkungskreis auch Differenzen mit den Gemeindemitgliedern gehabt habe. Er führte einen Kampf mit dem Bremer Kirchenliberalismus und wurde auch wegen eines Briefes an den Hamburger Pfarrer Nikolas verklagt. Auch Romanzschreiber war Rump. Dieser wehrt sich dagegen, als Angeklagter hingestellt zu werden und erklärt: Ich werde als pathologischer Lügner hingestellt, wie dies ein Bremer Rechtsanwalt im vorigen Kessel-Prozeß tat, und ein pathologischer Lügner kann unmöglich die Stelle eines Seelsorgers bekleiden.

Es gelangt dann das Gutachten der Senatskommission für kirchliche Angelegenheiten in Bremen zur Verlesung, das zusammen mit anderen Akten vom Oberkommando Lüttwitz im Dezember 1919 eingefordert und dem Reichswehrgruppenkommando I übergeben wurde. — Vors.: Ich muß meine Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß das Reichswehrgruppenkommando I Akten über einen Zeugen aus dem Kessel-Prozeß angerufen hat. Die Anforderung ist unterzeichnet von Oberleutnant Grau, einem guten Freunde Kessels. In dem heißt es, daß in dem ganzen Bezirk Bremen nicht so viel Belästungen in kirchlichen Angelegenheiten sich ergeben hätten, wie in der Gemeinde Seehausen über den Pfarrer Rump. „Ich habe den Eindruck“, heißt es dann, „daß Pfarrer Rump, der sich ja auch als Romanschriftsteller betätigt, eine ungemein lebhafte Phantasie hat, daß sich feststellende Tatsachen in seiner Vorstellung verschlieben und sich in seiner Erinnerung Ungenauigkeiten einstellen.“ Der Bremer Gefängnisarzt Dr. Meyer bezeichnet den Pfarrer Rump als etwas abnorm, als einen Phantasten ohne Hemmungen, der wohl ehrenwert sei, aber nicht anders handeln könne. Rump glaube, was er sage. Als der Zeuge auf die Frage des Vorsitzenden, ob Rump auf Grund des Eides etwas zu glauben sei, erwiderte, Rump leide an frankhaften Geistesstörungen, beschuldigte Rump den Zeugen als Verleger der ärztlichen Schwelgepflicht. „Falls diese Beschuldigung nicht mehr aus der Welt geschafft würde, könnte er die Kanzel nicht mehr besteigen.“

In der Montagsverhandlung wurden weitere Zeugenaussagen über die Persönlichkeit Rumps entgegengenommen. U.a. befindet der als Sachverständige vernommene Prof. Dr. Liepmann, der Rump längere Zeit auf seinen Geisteszustand beobachtet hat, daß er Rump für durchaus normal halte.

Der Zeuge Lehrer Kartmeyer aus Bremen sagt, daß ihm der Führer der Deutschnationalen Partei in Bremen und andere deutschnationale Persönlichkeiten Bremens gesagt hätten: „Wir können es nicht so hingehen lassen, daß Pfarrer Rump im Prozeß Kessel eine solche Rolle spielt, es schädigt ja unsere Partei.“

Es wurde dann der Oberleutnant a. D. Otto Marloh vernommen, der auf Befragen des Vorsitzenden angibt, daß er die seinerzeit über ihn verhängte Strafe von einem Monat Festung wegen unerlaubter Entfernung noch nicht abgezählt hat. v. Kessel

habe ihn gebeten, die Aktion gegen die Zahlstelle der Matrosendivision zu übernehmen, da er ganz besonderes Vertrauen in ihn setze. Marloh beschreibt dann kurz die Erscheinung der 29 Matrosen und die Tatsache, daß er sich dann im Amtsgericht bei Oberleutnant Kessel ordnungsmäßig zurückgemeldet habe. Es sei erst ein Tatbericht angefertigt worden, bei dem Staatsanwalt Zumbroich mitarbeitete, einige Tage darauf ein zweiter, den ebenfalls Zumbroich mitarbeitete, und schließlich kam ein dritter Bericht zustande, den Staatsanwalt Weismann diktierte. Marloh schildert dann weiter, daß er diesen Bericht nicht unterschreiben wollte, weil in ihm deutlich ausgesprochen wurde, daß Marloh ohne einen Befehl der Brigade Reinhardt gehandelt habe. v. Kessel sucht in längeren Ausführungen die Angabe Marloh's zurückzuweisen, daß er am Tage vor der Erscheinung Marloh aufgejucht und ihm irgendwelche Befehle erteilt habe. Marloh schildert weiter die Vorgänge am 1. Juni, die sich um seine Verhaftung abspielten. Hofmann sei zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, er solle verhaftet werden und müsse daher weg. Darauf sei er mit Hofmann nach dem Dienstzimmer Kessels gegangen und sei Kessel auf dem Flur begegnet. Als dieser ihn, Marloh, sah, habe er gesagt: „Was machen Sie denn hier? Scheren Sie sich weg! Wenn uns nun hier ein dritter sieht!“ Kessel sei dann in sein Dienstzimmer verschwunden und er, Zeuge, sei dann mit Hofmann zu Pfarrer Rump gegangen. Marloh geht dann weiter auf die Vorgänge in der Wohnung des Pfarrers Rump ein und behauptet, daß er auf das wiederholte Drängen Hofmanns, die Flucht zu ergreifen, anfangs nicht eingegangen sei, dann aber schließlich aus vaterländischen Motiven sich bereit erklärt habe, zu fliehen. Hofmann habe ihm auch gesagt, er werde am Abend mit Hauptmann v. Kessel darüber sprechen. Dann kommt die Sprache auf den Scheid, den Hofmann dem Marloh zur Flucht angeboten haben soll. Marloh behauptet, daß dieser Scheid von Kessel vordatiert worden sei. Kessel habe am 2. Juni anderthalb Stunden mit Rump verhandelt. Letzterer habe ihm dann nach Kessels Weggehen ihm, Marloh, erklärt: „Du mußt jetzt wieder nach Buch (Trennanstadt) oder die Flucht ergreifen.“ Zeuge Geheimrat Weismann bestreitet ganz entschieden, diese Aeußerung getan zu haben. — Kriegsgerichtsrat Meyer gab darauf eine Erklärung ab, daß eine Einstellung des Verfahrens nie in Frage kam. Es fanden hierüber wohl Erwägungen statt, aber nach der Flucht Marloh's hatte ich mit dem Gerichtsherrn und General Lüttwitz eine Konferenz, in der wir uns klar wurden, daß das Verfahren unbedingt durchgeführt werden müsse. Schon das Verfassungssystem, das betrieben wurde, zwang dazu, das Verfahren in Flucht zu bringen. Auf eine Frage des Verteidigers, ob Weismann im Prinzip mit der Flucht Marloh's einverstanden gewesen sei, antwortete Weismann: Kessel beschäftigte sich andauernd mit einer Flucht Marlohs, und so mag es gekommen sein, daß er gelegentliche Ausprüche von mir dahin ausgeführt hat, daß ich einer Flucht Marlohs zustimme.

Am 6. Verhandlungstag wurde der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Geheimrat Weismann in vernommen, der aussagt, er habe bei Abschaffung des Berichts über die Erscheinung in der Französischen Straße nur mitgewirkt, um Oberst Reinhardt einen Gefallen zu tun, habe aber nicht als Staatsanwalt mitgewirkt. Für ihn als Juristen habe es nach der Darstellung Marloh's festgestanden, daß Marloh in Verbindung mit mehr gehandelt habe, diese Darstellung habe er schriftlich niedergelegt und sich nicht mehr um die Abschaffung des Berichts gekümmert. Was in dieser Sache sonst noch geschehen sei, im besonderen, daß Staatsanwalt Zumbroich auch bereits an einem anderen Bericht mitgeholfen habe, habe er, Weismann, nicht gewußt. Es ist mir durchaus erklärlich, daß Kessel sich durch meine Erklärung bestimmen ließ, an Marloh's Flucht zu arbeiten. Ich habe weder von Marloh's Flucht, noch von seinem Wiederkommen etwas gewußt. Ich rechnete mit der Einstellung des Verfahrens. Ich habe jedenfalls nie ein Gefühl daraus gemacht, daß ich die Führung des Marloh-Prozesses für einen politischen und strafrechtlichen Unsinn gehalten habe. Wenn Herr v. Kessel dem Marloh zur Flucht verholfen hat, so bin ich der Überzeugung, daß er dies lediglich getan, um damit dem Reich zu dienen.

## Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komperd.

### 43. Fortsetzung.

„Und du läßt doch, Franzi!“ wiederholte er und lächelte. Da rief sie verzweiflungsvoll, indem sie sich der ganzen Länge nach auf den Boden warf: „Lina hat es besser gewußt! Darum hat sie mich von sich gestoßen! Lina, Lina! Warum bist du fortgegangen und hast mich allein zurückgelassen? Er will mir nicht glauben.“

Um der aufregenden Szene ein Ende zu machen, hielt es der vorliegende Richter für angemessen, die Sitzung für eine kurze Zeit aufzuhören; der Gerichtshof und die Geschworenenbank zogen sich zurück. Dem Richter möchte wohl zu gelegentlicher Zeit das Gleiche von der „Saite“, die zu hoch gespannt wird, eingefallen sein.

Und er tat recht daran.

Die Verhandlung ward kurze Zeit darauf wieder aufgenommen. Richter und Geschworene nahmen ihre Plätze ein; die Kinder sahen aber still und teilnahmslos auf der Anklagebank: Heini mit tiefgerötetem Antlitz, Franziska jedoch ruhend in ihrer Erbroschenheit.

„Beronika von Feldheim,“ also wandte sich der Vorsitzende an die Vorgesetzte, „muß es Ihnen nicht selbst sonderbar vorkommen, daß Sie sich um das Tun und Treiben Ihres Kindes so wenig gekümmert haben?“

„Wer hat sich um mich gekümmert?“ fragte sie, jedes ihrer Worte scharf betonend. „Ich bin übrigens eine gute Mutter!“

„Das werden Sie noch zu beweisen haben!“ lagt der Richter ernst. „Einstweilen verantworten Sie sich, daß Sie Ihr Kind in Nacht und Nebel mit dem Knaben herumstreichen ließen, durch die Straßen der Stadt und in den Auen, wo er zuletzt aufgegriffen ward.“

„Was ging das mich an?“ sagte sie, die grauen Augen fest auf den Richter richtend. „Die Kinder sind Freunde miteinander gewesen seit ihrer frühesten Kindheit; sollte ich sie trennen, da nicht es war, die sie aneinander gebracht hat?“

„Aberding“ bemerkte der Richter. „Sie hatten ja Vorteil davon!“

„Dari man denn seinen Vorteil nicht verfolgen“ fragte sie mit der Miene einer unschuldigen Gefränkten. „Dazu hat die Welt schlecht an mir gehandelt. — Mein Mann hat mich verlassen.“

„Das soll wohl eine Entschuldigung vorstellen?“ fragte sie mit den Miene einer unschuldigen Gefränkten. „Dazu hat die Welt schlecht an mir gehandelt. — Mein Mann hat mich verlassen.“

„Ja!“ sagte sie mit einer Art roher Freimüdigkeit. „Ich kann es jetzt eingestehen.“

„Sie wußten also um das verherrliche Tun des Knaben?“ „Warum nicht?“ fuhr sie in dem einmal angenommenen Tone fort. „Ich wußte davon schon, als er das erstmal meiner Tochter das goldene Kreuz brachte.“

„Und Sie haben das seiner Mutter nicht angezeigt?“

„Bin ich zu seiner Amme bestellt?“ rief sie laut lachend.

Auf den hintersten Bänken des Zuhörerraumes, da wo die „Neubauer“ zu Hause waren, riss eine Frauenstimme in zorniger Erregtheit:

„Du warst stets seine Schlange, du hast ihn vergiftet!“

Der Präsident gebot mit weithin tönernder Stimme Ruhe. Alles, vom Richter und den Geschworenen angefangen, bis auf den letzten Zeitungsreporter blieb nach der Stelle, woher die Stimme ertönt war. Aber es blieb dort still. Die Angeklagte jedoch, halb gegen den Vorsitzenden gewandt, halb in den Zuhörerraum sprechend, weil sie diese Stimme sehr wohl erkannt hatte, rief:

„Zawohl, Frau Euphemia Wegerer! Du hast dich nicht getäuscht!“

Sie hatte noch das freche Lächeln, womit sie diese Worte gleichsam verbündete, auf den Lippen, als der Vorsitzende ihr ihr Beinamen streng verwies mit der Drohung, er werde, wenn es sich wiederholen sollte, in ihrer Abwesenheit die Verhandlung fortsetzen.

Statt jeder Antwort nickte sie ihm bloß zu, als wenn sie ihm vollständig recht gebe; dann kam er wieder auf sein eigentliches Fragegebiet zurück:

„Sie wußten also um die Herkunft des Kreuzes?“

„Nicht nur um das, sondern auch um das Medaillon und um das Armband!“

„Auch um das Geld?“

„Auch um das! Warum sollte ich es nicht nehmen, wenn er es mir so edelmüdig brachte? Aber ich habe ihm nicht gesagt: Geh und bring die eiserne Kasse auf, in welcher deine Mutter ihre Reichtümer aufbewahrt hält! Davor habe ich mich sehr wohl gefügt. Der dumme Knabe kam von selbst. Ich habe ihn nur gelöst.“

„Die haben Sie ja ganz vortrefflich verstanden!“ rief der Richter mit gereiztem Gesichtsausdruck. „Und an Ihr Kind dachten Sie nicht und an die schwere Gefahr, der Sie es geradezu entgegentreten?“

„Manchmal wohl,“ meinte sie, während sich ihr ein leichter Schauer fast unhörbar entzog. „Dann aber, als sei dies ein großes Glück für mich.“

„Sie haben Sie ja ganz vortrefflich verstanden!“ rief der Richter mit gereiztem Gesichtsausdruck. „Und an Ihr Kind dachten Sie nicht und an die schwere Gefahr, der Sie es geradezu entgegentreten?“

Wunsch ausgesprochen, daß Marloh verschwinde? — Angell: Das habe ich auch so in der Erinnerung. Ich werde mich deshalb nicht mit Herrn Weismann herumstreiten. Unsere Gespräche waren damals ohne Zeugen. — Vors.: Sie haben am ersten Tage des Prozesses gegen Geheimrat Weismann doch schwere Vorwürfe erhoben, und zwar in seiner Abwesenheit. Wollen Sie ihm gegenüber dieses jetzt wiederholen? — Angell: Ich bleibe absolut bei meiner Aussage. Ich hatte den Eindruck, daß Weismann den Prozeß unter allen Umständen verhindern wollte. — Zeuge Geheimrat Weismann: Ich erklärte hier unter meinem Eid, daß ich nicht zu Kessel gesagt habe: „Entferne Marloh.“ — Rechtsanwalt Dr. Alberg: Der Angeklagte behauptet, Sie hätten damals immer wieder die Neuzeitung gebraucht: „Kessel, den Marloh-Prozeß überleben wir alle nicht.“ — Zeuge: Ich habe sowohl Kessel wie auch anderen Herren gegenüber immer wieder betont, daß dieser Prozeß zu einer Einstellung führen werde. Die Erfahrung hat mir auch recht gegeben. — Vors.: Wir alle hier im Saal haben Ihre Namen, den des Polizeipräsidenten, den des Generalstaatsanwalts und des Hauptmanns des Babs von dem Angeklagten gehört, als die Namen derjenigen, die nicht nur den Wunsch hatten, daß der Prozeß Marloh nicht stattfinden, sondern auch Marloh fliehen sollte. — Zeuge: Ich habe mich zuerst gewundert, als ich das in der Zeitung las, aber ich habe den Angeklagten verstanden. Er wird angegriffen und muß sich verteidigen. Und ich kann es ihm auch nicht übel nehmen, daß er sich nicht mehr aller Einzelheiten erinnern kann. — Angell: Ich betone mit aller Bestimmtheit, daß ich das, was ich hier ausgesagt habe, mir anderthalb Jahre sehr wohl überlegt, und daß ich nicht ein Wort zuviel gesagt habe. Weismanns Worte waren damals nicht anders zu verstehen. — Marloh erklärt zu den Aussagen Weismanns, er sei in den Berichten nur deshalb genannt, weil Kessel und Reinhardt darauf hingewiesen hätten, er könne auf Putativnotwehr nicht frei kommen. Kessel habe damals auch noch erklärt, Weismann habe in bezug des Zumbroichschen Berichts gesagt: „Der dumme Junge versteht es nicht.“ — Zeuge Geheimrat Weismann bestreitet ganz entschieden, diese Aeußerung getan zu haben. — Kriegsgerichtsrat Meyer gab darauf eine Erklärung ab, daß eine Einstellung des Verfahrens nie in Frage kam. Es fanden hierüber wohl Erwägungen statt, aber nach der Flucht Marloh's hatte ich mit dem Gerichtsherrn und General Lüttwitz eine Konferenz, in der wir uns klar wurden, daß das Verfahren unbedingt durchgeführt werden müsse. Schon das Verfassungssystem, das betrieben wurde, zwang dazu, das Verfahren in Flucht zu bringen. Auf eine Frage des Verteidigers, ob Weismann im Prinzip mit der Flucht Marloh's einverstanden gewesen sei, antwortete Weismann: Kessel beschäftigte sich andauernd mit einer Flucht Marlohs, und so mag es gekommen sein, daß er gelegentliche Ausprüche von mir dahin ausgeführt hat, daß ich einer Flucht Marlohs zustimme.

Am 6. Verhandlungstag wurde der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Geheimrat Weismann in vernommen, der aussagt, er habe bei Abschaffung des Berichts über die Erscheinung in der Französischen Straße nur mitgewirkt, um Oberst Reinhardt einen Gefallen zu tun, habe aber nicht als Staatsanwalt mitgewirkt. Für ihn als Juristen habe es nach der Darstellung Marloh's festgestanden, daß Marloh in Verbindung mit mehr gehandelt habe, diese Darstellung habe er schriftlich niedergelegt und sich nicht mehr um die Abschaffung des Berichts gekümmert. Was in dieser Sache sonst noch geschehen sei, im besonderen, daß Staatsanwalt Zumbroich auch bereits an einem anderen Bericht mitgeholfen habe, habe er, Weismann, nicht gewußt. Es ist mir durchaus erklärlich, daß Kessel sich durch meine Erklärung bestimmen ließ, an Marloh's Flucht zu arbeiten. Ich habe weder von Marloh's Flucht, noch von seinem Wiederkommen etwas gewußt. Ich rechnete mit der Einstellung des Verfahrens. Ich habe jedenfalls nie ein Gefühl daraus gemacht, daß ich die Führung des Marloh-Prozesses für einen politischen und strafrechtlichen Unsinn gehalten habe. Wenn Herr v. Kessel dem Marloh zur Flucht verholfen hat, so bin ich der Überzeugung, daß er dies lediglich getan, um damit dem Reich zu dienen.

wir so elend leben müssen . . . und dann an meine alte Freunde Bemi!“

Dabei streifte sie wieder mit einem halben Blick jene Gegend des Saales, wo die „Neubauer“ saßen.

Der Präsident mögte wohl von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch gemacht haben, indem er gegen das Verbleiben der vorladenden Zeugen im Saale keine Einwendung erhob. So war es gekommen, daß sie dem bisherigen Verlaufe der Verhandlung ungestört anwohnen konnten.

Der erste, der an die Reihe kam, war der Hausmeister des „Hühnerhofes“.

Der Mann gab übrigens nur kurze, verdrießliche Antworten von sich. Ob er wisse, wie die „Büglerischen“ gelebt? Ob sie groß aufwand getrieben? Ob ihm nicht aufgeworfen sei, woher sie ihre sogenannten Unterstützungen bezogen? Auf all das blieb er bei der Flucht, die er schon vor dem Untersuchungsrichter abgegeben haben wollte: Er habe sich um derartige Dinge nur wenig gekümmert; nur das eine könne er mit aller Bestimmtheit behaupten, es sei dieselbe Knabe, den er jetzt vor sich habe, der öfters in den „Hühnerhof“ gekommen und dann in die Wohnung der „Büglerischen“ gegangen sei. Zuweilen seien die Kinder auch miteinander ausgegangen und stundenlang ausgeblieben. Er müsse aber sagen, es sei ein Knabe gewesen, dem er so etwas nicht angetan habe.

„Was denn?“ fragte der Vorsitzende.

Der Hausmeister machte mit seiner gleichsam um ihre eigene Auseinandersetzung drohende Hand eine Bewegung, die seine Ansicht über den Fall deutlich genug kennzeichnete.

Daraus ward Frau Blüthensterri außer Atem. Sie erschien selbstverständlich ohne den Rock, den sie unter der treuen Obhut des Hausmeisters auf ihrem Platz zurückließ, aber er fehlte ihr überall. Und vielleicht erschien sie darum so unfrei in ihrer Haltung, so gedrückt und voll Verlegenheit, was doch sonst gerade nicht zu ihren Eigenheitlichkeiten gehörte. Dabei zitterte sie wie ein armes Espenblatt im Winde, so daß der Vorsitzende sie fragte:

„Worum sind Sie ängstlich? Frau Blüthensterri?“

„O, mein gnädigster Herr Oberrichter vom Kaiser, ich bin stark und mutig wie ein junger Löwe.“

„Sie sind die unmittelbare Nachbarin der Beronika Feldheim.“

„Welche Bemerkungen und Beobachtungen drängten Sie Ihnen auf? Was dachten Sie momentan über die Besitzungen jenes Knaben zu dem Kind dieser Frau? Halten Sie insbesondere Ihre Nachbarin für schäbig, den Knaben verletzt zu haben?“

„Frau Blüthensterri's Gesicht röte sich.“

„Meinen Sie, was die Moral betrifft, gnädiger Herr Vorsitzender?“ fragte sie mit einem läufigen schiefen Zutückhaltung.

(Fortsetzung folgt)

# Französische Versöhnungskünste.

**U. Frankfurt, 23. März.** Nach dem Inkrafttreten der Sanktionen hat der französische Kommandeur in der Pfalz General de Meix, mit mehreren pfälzischen Parteiführern, eine Audienz und ihnen nahegelegt, ob es für die Pfalz jetzt nicht an der Zeit sei, sich nach Westen zu orientieren. General de Meix mässt den Herren die Folgen aus, die das Inkrafttreten der in London beschlossenen Sanktionen für Handel und Industrie auch in der Pfalz haben könnte, es sei denn, dass sich das ganze Gebiet irgendwie an Frankreich anschließe. Dass General de Meix über das Festhalten aller Pfälzer an ihrem deutschen Vaterland nicht im Unklaren gelassen wurde, versteht sich von selbst. Auch bei Dr. Dörten in Wiesbaden haben die Sanktionen neue Hoffnungen geweckt. Schon seitdem die Pariser Forderungen aufgestellt und von den belasteten Drohungen befreit waren, begann er mit Hilfe seiner französischen Freunde mit der Vorbereitung zu neuer Arbeit. Auch scheint es vor zwei Jahren Dörten und seinen französischen Freunden gelungen zu sein, belgisches Militär im besetzten Montjoie, als in London die Entscheidung erwartet wurde und denn auch kam und den Abbruch und die Sanktionen brachten. Hatte der französische Kommandierende General in Wiesbaden eine ganze Anzahl seiner Offiziere zu einer Festlichkeit im Schloss versammelt, woran auch Herr und Frau Dörten teilnahmen. Nachts wurde dem General ein Funkbuche überreicht, dessen Inhalt, offenbar die Meldung über das Inkrafttreten der Sanktionen, große Begeisterung hervorrief. Dr. Dörten wurde von den hohen Offizieren als Freund Frankreichs gefeiert und beispielswünscht, dass nun das Ziel nach dem man lange gestrebt habe, in greifbare Nähe gerückt sei.

## Aus aller Welt.

**Moskau** wird gemeldet: Am Dienstag wurde in der sozialistischen Aufsehenerregenden Entschließungssache, das Urteil gefällt. Es lautet gegen den 27 Jahre alten amerikanischen Kriminalbeamten Max wegen Amtsanmischung, versuchter Mord und fahrlässiger Körperverletzung auf 15 Monate Haft.

## Ausgabe von Lebensmitteln

für die Zeit vom 26. März bis 1. April 1921.

Art	Menge	Preis	Abschnitt und Karte
Brot 1 wahl-	1500 gr		B der Brotkarte
Mehl 1 weisse	300 "		A der Brotkarte
amerik. Weizen-	200 "		
mehl	200 "	Mf. 1.95	Kopf der Brotkarte
Zucker je	125 "		241/245 Zucker (bis zum 10. 4. 21)
Nudeln	250 "	6.20	241 Mühlenspeise
braune Bohnen	500 "	1.40	240 Warenkarte
Marmelade	500 "	3.60	331 Warenkarte

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Hochstpreisgeges. Veröffentlichung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preissteigerung vom 8. Mai 1918 bestritten.  
Lübeck, den 24. März 1921. (15545)

## Das Landesverordnungsamt.

### Heilanstalt Strehmitz.

Besuchszeit für Angehörige der Kranken am Ostermontag von 8. bis 12 Uhr.

Die ärztliche Sprechstunde am Ostermontag fällt aus.

15475) Die Direktion.

Die glückliche Geburt eines fröhlichen Mädchens zeigen an. (15534)

Georg Korth u. Frau Emilie geb. Gierls.

Für die zahlreichen Geschenke und Gratulationen zu unserer höheren Hochzeit sagen wir hierdurch allen Gästen, Freunden und Bekannten unseres herzlichsten Dankes. (15448)

Georg Dachow u. Frau Restaurant Bahnhofskrug.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Maria danken herzlich. (15453)

Herm. Kaehring nebst Frau u. Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeit, z. Konfirm. unserer Tochter Greti dankt herzlich. (15458)

Ernst Palow u. Frau 15412) nebst Tochter Grete.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Marie. (15417)

Carl Böttcher u. Frau nebst Tochter Marie.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15427)

C. Rocks und Frau nebst Tochter Alma.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirm. dankt herzlich. (15499)

W. Bossecke und Frau nebst Tochter Elsa.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anlässlich der Konfirmation und Tochter danken herzlich. (15459)

W. Burmeister u. Frau nebst Tochter Mariette. (15418)

Für bewiesene Aufmerksamkeit und Geschenke zur Konfirmation ihrer Tochter dankt herzlich. (15446)

Frau S. Dose nebst Tochter Martha.

Für die viel. Gratulat. u. Geschenke ihrer Tochter Marianne danken herzlich. (15419)

Aug. Freese u. Frau nebst Tochter. (15593)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke danken herzlich. (15520)

F. Moll und Frau nebst Tochter Frida.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Luise dankt herzlich. (15483)

C. Münster u. Frau nebst Tochter Gertrud.

Für die viel. Gratul. u. Geschenke zur Konfirmation ihrer Tochter dankt herzlich. (15492)

Karl Bruhns und Frau nebst Tochter Helene.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anlässlich der Konfirmation ihrer Tochter Martha danken herzlich. (15481)

P. Zühlsdorf u. Frau nebst Tochter Ada.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Gertrud danken herzlich. (15481)

Aug. Loosberg und Frau nebst Sohn Harry.

Geschenke und Gratulationen zu Konfirmation unserer Tochter. (15541)

E. Steen Wahnstraße 58 Ofen u. Herde, Buntess Tongeschirr.

F. Kempf Königstr. 123 Tel. 3518, Fahr. Kartell, Wringm.

Frau F. Jacobson, Glockengießerstraße 44.

Margarete Baile Putz- und Gesch. Mühlenbrücke 2.

J. Barrelemb. Schuhstr. Mühlenstr. 34.

Frizi Karstadt & Laurisch Geniner Straße 46, Telefon 1158.

Chemische Reinigung - Teppichpflegewerk Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 31, Breite Straße 83/87, Fackenburger Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Pelzerstr. 24, Fernsprecher 943.

Bremsermaterialien - Transporte aller Art.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15545)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15546)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15547)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15548)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15549)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15550)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15551)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15552)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15553)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15554)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15555)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15556)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15557)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15558)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15559)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15560)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15561)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15562)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15563)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15564)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15565)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15566)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15567)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15568)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15569)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15570)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15571)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15572)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15573)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15574)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15575)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15576)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15577)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15578)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15579)

Herrn K. Kähnig nebst Frau und Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Anna. (15580)



Johannisbeer, Stachelbeer u. Himbeersträucher zu verkaufen. (15390) Mergelstraße 7 a.

3. v. 12 m Ginstried-Draht u. e. Vogelbauer. (15398) Sedanstraße 21.

G. u. Deckenschere 3. v. Br. 30 Mk. (15405) Johannisstr. 51, I., r.

**Gebrauchte Schreibmaschine** zu verkaufen. (15395) Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Einige mod. Damenbüste z. vert. (15491) Steinrader Weg 26 a, p. r.

Sommerhut u. helle neue Bluse bill. z. vt. Pelzerstr. 31a. (15389)

Sparherd billig z. vert. (15518) Wahnstr. 71, II.

Die Landessammellestelle Lübeck, welche offizielle Kreise Schleswig-Holsteins, das Fürstentum Rügenburg, das Günter-Land und Teile Mecklenburgs mitumfasst, sagt nach dem schönen Erfolg in Überseelien allen Gebern und Mitarbeitern auf diese Weise, da es anders unmöglich ist, für die treue Mitarbeit den aufrichtigen Dank. Obwohl nicht unerhebliche Summen erst dieser Tage eingehen werden, so ist doch bereits über eine halbe Million in Lübeck eingezahlt. Gewiß ein schöner voll Dank zu begrüßender Erfolg. (15350)

Die Landessammellestelle Lübeck für Überseelien.

F. A.: Dr. Müller.

Immer mehr mehren sich die Nachrichten von unerhörten Gewalttaten der Polen in Überseelien, die zum Teil von erheblichem Einfluß auf die Abstimmung gewesen sind. Dringend wird gebeten, daß alle, welche selbst Wahlbeeinflussung erlebt haben, insbesondere alle, welche in der Ausübung des Stimmberechts behindert worden sind, sich unverzüglich bei dem Unterzeichneten melden wollen. Ihre Aussagen können von der allergrößten Wichtigkeit bei der Entscheidung über das Schicksal Überseelens werden, da die Tatente schon in den aller nächsten Tagen die Entscheidung treffen will. Es ist unbedingt erforderlich, daß jeder sich sofort meldet. Unterzeichneter wird in seinem Hause von 8-9 Uhr mgs. u. abends von 7-8 Uhr zu sprechen sein. Am nächsten Sonnabend vor Ostern und nächsten Dienstag von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 6 Uhr im Wohlfeilamt, Untertrave 104, Zimmer 26 (zweiter Stock). Im Auftrage des deutschen Schubbundes. (15551)

**Dr. Müller, Hürferdamm 22.**

**Den Nagel auf den Kopf getroffen** habe ich mit der Einführung einer rein überseeischen Zigarette zu 60 Pf.

Probieren Sie! (15512) Ferner empfehle meinen überaus beliebten Schwarzen Krausen zu 6.- u. 7.- mt. Heinrich Vick, Untertrave 70.

**Schelm & Wege** Samenhandlung (15482) **Saatkartoffeln.**

**Karl Lahrtz**, Böttcherstr. 16  
Zg. Kindfleisch 6.50 Zg. Kalbfleisch 6.00  
Zg. Bratenstücke 7.50 Feierl. u. mag. Spez. 11.00  
Festl. Röllfleisch 13.- Ger. f. u. mag. Spez. 12.50  
Fettes Schweinefleisch. 5. Abn. von 3 Pf. 12.50  
Ra. Cornedbeef 9.- Ausgebrat. Tafel 10.-  
**Frisches Gehacktes** Pf. 10.-

**Vorwärts-Almanach für 1921!** mit zahlreichen Kupferstichdruckabbildungen. Preis 4.- Mark.

**Buchh. Fr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

**Arbeiter-Kalender für das Jahr 1921.** Preis 3.50.

**Buchh. Fr. Meyer & Co.**

**Der Betriebsobermann im Kleinbetriebe.** Von Rudolf Weick. Preis Mk. 2.50.

**Friedr. Meyer & Co.** Johannisstr. 46.

Prima Saatkartoffeln.  
gelbe (15479) F. Junge, Lg. Lohba. 37.

Unterföhring u. Almbergarderobe (15490) Steinrader Weg 26a, p.

Kommoden zu verkaufen. (15503) Georgstrasse 33.

Sofa u. Kl. Tisch bill. z. vt. (15496) Josephinenstr. 1.

Sportwagen zu verkaufen (15587) Schw. Allee 96, n. h.

3. v. Sofa, Bettst. Eckorb. (15519) Schön. Str. 2, I.

3. v. 1 Meiberschrank und alter Kinderwagen. (15506) Große Gröbelgrube 24.

Zu v. 8 Stuf. Drittfeiler. (15494) Kronpr. Allee 33a, I.

1 Jungenger, 35-40 Pf. schwer u. 3 junge Terrierhunde zu verkaufen. (15538)

P. Tengel, Rückn. (15580) Noggenfeldstr. 92.

Eine mod. Damenbüste z. vert. (15491) Steinrader Weg 26 a, p. r.

Sommerhut u. helle neue Bluse bill. z. vt. Pelzerstr. 31a. (15389)

Sparherd billig z. vert. (15518) Wahnstr. 71, II.

## Deutsch. Mandol. u. Gitarristen-Bund

Bez. Nordgau.

## Mandoline-Konzert

(200 Spieler)

**Sonnabend, den 26. und Sonntag, den 27. März, im Kolosseum.**

Mitwirkende: Herr Reinh. Wolf, Hansatheater; Herr Carl Pündter, Stadttheater; Herr Georg und Willy Meier-Pausenius, Hamburg. (15484)

Montag, den 28. März: **Großer Fest-Ball.**

Aerztl. Sonntagsdienst (15472)

Dr. Hedinga, Hevelsplatz 1.

Dr. Diederichs, Hürferdamm 20

Dr. Vob, Nebenhofstr. 10.

Arbeitskleidung, Kleiderkunst, 85.- Mt.

Arbeiter-Kleidung, Kleiderqualität, 45.- Mt.

Kinder-Schlafanzüge, 40.- Mt.

Kinder-Schlafanzüge, 45.- Mt.